

Schutz des ungeborenen Kindes

Einen Schwerpunkt beim kommenden Landesparteitag der CDU NRW in Duisburg bildet die Diskussion des familienpolitischen Leitantrages „Unsere Familien stärken — Die Zukunft menschlich gestalten“.

Viele Stellungnahmen und Änderungsanträge sind schon jetzt bei der Landesgeschäftsstelle eingegangen, insbesondere zum Kapitel „Schutz des ungeborenen Kindes“. Der Landesvorstand war bei Verabschiedung des Leitantrages der Auffassung, die Meinungsbildung der Delegierten und die Beratungen des Parteitages nicht präjudizieren zu wollen. Deshalb enthält dieser drei Alternativen.

Im Leitantrag heißt es u. a.: „Auch das ungeborene Kind ist menschliches Leben von Anfang an. (...) Für die CDU ist es ein vorrangiges Ziel, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit durch soziale und rechtliche Maßnahmen zu schützen. Die hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen stellen uns vor besondere Aufgaben. (...) Die Schutzfunktion des Staates für das ungeborene Kind hat grundsätzlich Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Frau.“

Die alternativen Textstellen im einzelnen:

Alternative 1

Bei unserem entschlossenen Einsatz für das ungeborene Kind erkennen wir aber nicht, daß es schwerwiegende Konfliktlagen gibt, in denen die Entscheidung zum Abbruch einer Schwangerschaft den Rang einer achtsenswerten Gewissensentscheidung haben kann. In dieser vom Bundesverfassungsgericht beschriebenen ethischen Ausnahmesituation stehen die Lebensrechte der Frau im Gegensatz zum Schutzbefürfnis des werdenden Lebens.

Weder eine Verschärfung der strafrechtlichen Bestimmungen noch eine Änderung der RVO sind geeignet, die vorhandenen Probleme zu lösen. Sie vermindern weder die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche, noch sind sie humane Wege aus christlicher Verantwortung. Notwendig ist vielmehr eine Bewußtseinsänderung in unserer Gesellschaft zugunsten des Lebensrechts des Ungeborenen und die Anwendung konkreter Hilfen.

Alternative 2

Unter Berücksichtigung der jährlich vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüche ist festzustellen, daß sich die Erwartungen des Gesetzgebers offenbar nicht erfüllt haben. Von einem verbesserten Schutz des ungeborenen Kindes kann nicht gesprochen werden.

Es ist daher zu prüfen, ob

- die gesetzlichen Bestimmungen der §§ 218 ff. StGB,
- die entsprechenden rechtlichen Nebenregelungen,
- die derzeit bestehende Beratungspraxis,
- die Erlasse und Richtlinien der Bundesländer und
- die vorhandenen sozialen Hilfen ausreichen, um die Grundrechte nach unserer Verfassung auch für das ungeborene Kind zu garantieren.

Es ist auch zu bilanzieren, ob im Interesse des Schutzes des ungeborenen Kin-

des die gesetzlichen Bestimmungen und der Auftrag, der sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1975 ergibt, in der Praxis generell berücksichtigt werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, diese Aufgabenstellung in Zusammenarbeit mit den Bundesländern vorzunehmen. Aus dem Ergebnis sind die notwendigen politischen Konsequenzen zu ziehen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, gemäß Artikel 93 Nr. 1,2 GG eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgesetz anzustrengen, um

die Verfassungsmäßigkeit der §§ 200 f, g RVO (Leistungsanspruch der Versicherten bei „nicht rechtswidrigen Schwangerschaftsabbrüchen durch den Arzt“) überprüfen zu lassen.

Alternative 3

Diese Alternative sieht vor, daß der letzte Absatz in Alternative 2 ersetzt wird durch folgende Formulierung:

Die Zwangsfinanzierung der Schwangerschaftsabbrüche durch die Krankenkassen über rein medizinisch indizierte Abbrüche hinaus ist durch eine Änderung der RVO auszuschließen. Dies gilt auch für die entsprechende Beihilferegelung.

Neue Heimat: Skandalöses Täuschungsmanöver

Von Hubert Doppmeier, MdL, wohnungsbaupolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Die Feststellungen des nordrhein-westfälischen Landesrechnungshofes zu dem Ankauf von 2385 Wohnungen der Neuen Heimat (NH) durch die SPD-Landesregierung (sogenanntes LEG-I-Geschäft) machen klar:

■ Die Regierung Rau hat in einer skandalösen Weise die Öffentlichkeit getäuscht. Nicht der dauerhafte Erhalt der Sozialbindungen war das Ziel der 142,5-Millionen-Mark-Transaktion aus dem Frühjahr 1986, sondern der Versuch der Regierung Rau, der Neuen Heimat aus aktuellen Bilanzschwierigkeiten zu helfen.

■ Indem die landeseigene Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) kurz nach dem Ankauf der Wohnungen versuchte, die grundsätzliche Freistellung von der Sozialbindung für ein Drittel der übernommenen Wohnungen zu erreichen, hat sie unmöglich verständlich zu verstehen gegeben, daß ihr

an dem Erhalt der Sozialbindungen nichts gelegen ist. Die ständig wiederholte Einlassung der Landesregierung, bei ihrem Engagement in Sachen Neue Heimat gehe es ihr lediglich um die Wahrnehmung der Interessen der Sozialmieter, ist endgültig als pure Heuchelei entlarvt.

■ Die Landesregierung hat sich bei dem Ankauf der Wohnungen unter einen enormen Zeitdruck setzen lassen. Dies hat dazu geführt, daß die Landesregierung für die von der Neuen Heimat gekauften Wohnungen etwa 50 Millionen Mark zuviel gezahlt hat.

Die CDU des Landes Nordrhein-Westfalen wird dafür kämpfen, daß dem ersten NH-Deal der SPD-Landesregierung kein zweiter folgt und das geplante LEG-II-Geschäft nicht zustande kommt. Denn das Gutachten des Landesrechnungshofes zeigt: Die Geschäfte der Regierung Rau mit der Neuen Heimat NRW sind nur in einer Hinsicht „modellhaft“ (Minister Zöpel). Sie sind Modelle dafür, wie man mit Mitteln der Steuerzahler die offenen Rechnungen der NH begleicht.

Zum Thema

Sport und Steuern

In den letzten Wochen haben sich zahlreiche Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion in persönlichen Schreiben an gemeinnützige Vereine und Organisationen gewandt. In diesem Schreiben haben diese in irreführender Weise und offensichtlich bewußt falsch zu Fragen der Vereinsbesteuerung Stellung genommen. Wir halten es für angebracht, dieser Desinformation und Fälschung im vorpolitischen Raum entgegenzuwirken und stellen fest:

1 Es gab und gibt keine Überlegungen, die steuerfreie Pauschale für Übungsleiter von 2400,— DM jährlich abzuschaffen. In den Maßnahmen zur Finanzierung der Steuerreform ist sie nicht enthalten. Der Bundesminister der Finanzen hat hierzu festgestellt: „Deshalb sind Behauptungen, das Bundesministerium der Finanzen plane die Aufhebung oder Einschränkungen bestimmter bisheriger Vergünstigungen, frei erfunden und unzutreffend.“ **Die Kampagne der SPD gegen die Bundesregierung erweist sich daher einmal mehr als eine bewußte Panikmache und gewollte Verunsicherung der Mitarbeiter in den Vereinen.**

2 Es ist zwar richtig, daß es eine Auflistung über alle gewährten Subventionen und Steuererleichterungen gibt. Eine solche Liste aber gab es auch bereits unter den SPD-geführten Bundesregierungen. Wenn eine sachgerechte Entscheidung über den Abbau von Subventionen getroffen werden soll, brauchen Regierung und Parlament eine derartige Übersicht. Es ist daher unredlich, eine solche Zusammenstellung als feste Absichtserklärung hinzustellen.

Blüm spricht in Bünde

Am 17. November 1987 findet in Bünde die 4. ostwestfälische Möbelrunde statt.

Auf Einladung von Hubert Doppmeier MdL, Vorsitzender der CDU Ostwestfalen-Lippe, wird der Landesvorsitzende der CDU NRW, Dr. Norbert Blüm, das Hauptreferat halten.

Neben seinem erfolgreichen Engagement für die Menschenrechte und in der Kohle- und Stahl-Politik wendet sich Blüm nun den Problemen des ländlichen Raumes zu.

Prof. Dr. Winfried Pinger MdB wird Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Novellierung des Kartellrechts erläutern.

Programm und Anmeldung:

**CDU Ostwestfalen-Lippe
Bezirksgeschäftsstelle
Alfred-Bozi-Str. 7, Postfach 1905
4800 Bielefeld 1**

Was wir im Zusammenhang mit der Steuerreform aber wohl erreichen wollen, ist eine erhebliche Steuervereinfachung auch für den steuerrelevanten Vereinsbereich.

3 CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesregierung sind sich ihrer **Verantwortung für die Sicherung ehrenamtlicher Mitarbeit in den gemeinnützigen Vereinen** wohl bewußt. Daher treten sie für eine erhebliche Vereinfachung der bestehenden vereinsrelevanten Steuergesetzgebung ein. Sie werden auf der Grundlage des Gutachtens die notwendigen Entscheidungen treffen, wie sie auch bereits Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 18. 3. 1987 genannt hat.

KPV mit Staraufgebot

Zu ihrer 27. Delegiertenversammlung kann die KPV NW am 28. November in Neuss ein Staraufgebot anbieten. Neben dem CDU-Landesvorsitzenden, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, haben der Fraktionsvorsitzende im Landtag NW, Dr. Bernhard Worms, und Prof. Kurt Biedenkopf ihr Kommen als Referenten zugesagt. Auch KPV-Landesvorsitzender Daners wird im Rahmen seines Rechenschaftsberichtes grundlegende Ausführungen zu kommunalpolitischen Fragen machen.

Die Wahlen zu Vorstand und Hauptausschuß sind weiter Schwerpunkte der Veranstaltung, auf der auch der bisherige

Landesgeschäftsführer Josef Schäfer offiziell verabschiedet wird.

Schulpolitische Fachtagung

Die CDU-Landtagsfraktion veranstaltet eine Fachtagung zum Thema „Zukunft durch Leistung“. Sie findet statt am 16. November 1987 um 14 Uhr im Plenarsaal des Landtags, Ständehausstraße 1, 4000 Düsseldorf. Folgender Ablauf ist vorgesehen: Einführung durch den schulpolitischen Sprecher, Herbert Reul; Referat Prof. Dr. Erich Geißler, Uni Bonn; Referat Prof. Dr. Winfried Schlaffke, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln; Diskussion.

Anmeldung an die CDU-Landtagsfraktion, Postfach 5007, 4000 Düsseldorf 1.

Termine

19. 11. 1987	17.00 Uhr	LFA Sozial- und Gesundheitspolitik	Bonn
21. 11. 1987	10.00 Uhr	LACDJ — Fachtagung Gentechnologie	Bedburg-Hau*)
23. 11. 1987		LFA Jugend und Familie	Düsseldorf
24. 11. 1987	16.00 Uhr	LFA Entwicklungspolitik	Bonn
27. 11. 1987	18.00 Uhr	LACDJ — AK Rechtspflege	Düsseldorf
30. 11. 1987	16.00 Uhr	LFA Sport	Düsseldorf
3. 12. 1987	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft + Forschung	Düsseldorf
11./12. 12. 1987		Landesparteitag der CDU NRW	Duisburg
★ ★ ★ ★ ★ ★ ★			
7. 1. 1988	16.00 Uhr	LFA Kultur	Gelsenkirchen
20. 1. 1988		LACDJ — Vorstand + Beirat	Düsseldorf

*) Programm und Anmeldung: Landesgeschäftsstelle der CDU NRW, Wasserstraße 5,
4000 Düsseldorf